

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:
Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Pressemitteilung

AbL fordert angesichts der VION-Schlachthof-Schließung in Zeven eine Neuordnung der Strukturen in der Fleisch-, Schlacht- und Schweinebranche

Die Ankündigung des Fleischkonzerns VION, bei der nächsten Aktionärsversammlung am 19. April die Schließung des niedersächsischen Schlachthofs Zevens zu beschließen, geht nach Einschätzung des Landesverbands Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) nicht nur zu Lasten der 120 Arbeitnehmer und der Region Zeven, sondern schadet massiv auch den landwirtschaftlichen Schweinehaltern im bisherigen Einzugsgebiet. Die könnten zwar an den VION-Schlachthof im südoldenburgischen Emstek liefern – aber zu verlängerten Transportzeiten, die wegen zusätzlicher Kosten und auch aus Tierschutzgründen zu kritisieren seien. Insgesamt, so die AbL, zeige sich an den neuerlichen VION-Schlachthofschließungen nicht nur der fehlende Einfluss von Arbeitnehmern und Landwirten auf die Politik der Schlachtunternehmen. Die Schließungen und die Konkurse der Branche seien auch das Ergebnis der Konkurrenz weniger mächtiger Fleischkonzerne, die gegenseitig eine ruinöse Überschussproduktion anheizten.

AbL-Vertreter Eckehard Niemann verwies darauf, dass diese Überschussproduktion vor allem auf Drittland-Exporte auf den so genannten „Weltmarkt“ (derzeit im wesentlichen China) ausgerichtet sei. Diese strategische Ausrichtung auf sogenannte „globale Zukunftsmärkte“ sei in Wirklichkeit eine teure Sackgasse, weil Länder wie China bald eine Selbstversorgung erreichen würden und weil die deutschen Fleischkonzerne beim China-Export mit den Fleischkonzernen aus Brasilien und den USA konkurrierten, die zu wesentlich geringeren Kosten produzierten. Niemann: „Es macht weder volkswirtschaftlich noch betriebswirtschaftlich Sinn, hier Fleischüberschüsse zu den wesentlich höheren deutschen Kosten zu erzeugen und diese dann verlustreich zu den Konkurrenzpreisen der brasilianischen und US-Konkurrenten nach China zu verscherbeln.“ Entgegen den bisherigen Beteuerungen der Fleischkonzerne lieferten diese beileibe nicht nur Schlachtreste wie Pfoten, Schnauzen, Ohren oder Ringelschwänze nach China, sondern überwiegend wertvolle Fleischpartien zu Niedrigpreisen.

Diese Globalisierungs-Ideologie der Fleischmanager und Fleischkonzern-Aktionäre, so die AbL, habe die Schweinehalter in der Vergangenheit sehr viel Geld gekostet, weil die Überschussproduktion seit Jahren zu nicht kostendeckenden Erzeugerpreisen führe. Zunächst hätten die Fleischkonzerne diese verlustbringende Strategie noch kaschieren können, indem sie deren Folgen auf Billig-Leiharbeiter und Schweinehalter abwälzten. Jetzt aber reiche das offenbar nicht mehr aus – die Folge seien Verluste bei den Fleischunternehmen, Konzentrationsprozesse, Standort-schließungen und Insolvenzen (zuletzt bei der Vogler-Gruppe). Diese Überschuss-Strategie koste nicht nur viel Geld, sondern wegen der mit dieser Überproduktion

verbundenen Soja-Importe, Gülle-Überschüsse und Agrarfabriken-Neubauten auch immer mehr gesellschaftliche Akzeptanz.

Die AbL bezweifelte, dass die neuerliche Schließung in Zeven den Niedergang des VION-Fleischkonzerns stoppen könne, solange sich an den Krisen-Ursachen nichts ändere. Sie verwies auf einen Artikel des niederländischen Agrar-Infodienstes „Boerderij“ vom Juli 2014, in dem es heiße: „Vion bloedt langzaam dood“ („VION verblutet langsam“). Im gleichen Jahr, in dem VION sich von verlustreichen Neuerwerbungen in Großbritannien trennen musste und die Schließung von mehreren deutschen Standorten ankündigte, habe der niederländische VION-Hauptanteilseigner ZLTO angekündigt, man werde zunächst noch „hinter VION stehen“, aber nach einigen Jahren prüfen, ob man das Engagement fortsetze (dlz-agrarmagazin, 31.1.2014). Die AbL warf in diesem Zusammenhang auch die Frage auf, inwieweit die VION-Aufsichtsrats-Tätigkeit des Bauernverbands-Vizepräsidenten Werner Hilse und dessen Propagierung einer „Wertschöpfungsketten-Partnerschaft“ (zwischen Fleischkonzernen und Schweinhaltern) zur aktuellen Krise beigetragen habe.

Die AbL erwartet von den VION-Verantwortlichen keinen wesentlichen Beitrag zur Ursachen-Klärung und auch nicht zur Ursachen-Beseitigung der Misere. Das zeige sich an den nebulösen Formulierungen in der aktuellen VION-Presseerklärung, in der es heiße: „Aus hauptsächlich regionalen und nationalen Vertriebsgebieten ist ein globaler und sehr spezieller regionaler Markt geworden. Angesichts der extremen Wettbewerbssituation können derzeit im regionalen Lebensmitteleinzelhandel beim Frischfleisch nicht die Preise erzielt werden, um kostendeckend zu produzieren.“ Es sei inzwischen die durchsichtige Taktik von Fleischkonzernen, dass man dem Lebensmittelhandel die Schuld zuzuschreiben. Tatsache, so die AbL, sei aber, dass der Lebensmittelhandel lediglich die von den Fleischkonzernen angebotenen Billig-Überangebote für immer neue Lock-Sonderangebote nutze.

Die AbL rief zur Unterstützung der Arbeitnehmer, ihrer Gewerkschaft NGG und der Vertretungen der Schweinhalter auf. Zwar könne man die Schließung des Standorts Zeven wohl kaum verhindern, aber umso mehr müsse man darauf dringen, dass der VION-Konzern für die Folgekosten einstehen müsse – nicht nur mit dem Geld der Zeven VION-Tochterfirma, sondern mit dem Geld des ganzen Konzerns.

Darüber hinaus sei ein grundlegender Wandel in der gesamten Schweinebranche nötig, in der bisher keiner wirklich Geld verdiene – weder die Schweinhalter noch die meisten Schlachtkonzerne, noch die handwerklichen Metzgereien noch der Lebensmittelhandel. Angesagt sei im nationalen und im EU-Rahmen eine Umstrukturierung:

- mit einem verbindlichen Tierschutzplan für eine verbindliche artgerechtere und flächenverbundene Tierhaltung gemäß der EU-Schweinehaltungs-Richtlinie für alle Tierhalter,
- mit der überfälligen Umsetzung des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesagrarministeriums zur „Zukunft der Nutztierhaltung“,
- mit einem gemeinsamen Vorgehen der Haupterzeugungsländer Deutschland, Dänemark und Niederlande,

- mit realistischen und verbindlichen Übergangsfristen und einem Umbauförderungs-Programm für eine artgerechtere Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen und – wegen des damit verbundenen Abbaus der Überproduktion - mit kostendeckenden und gewinnbringenden Erzeugerpreisen für „Klasse statt Masse“,
- mit einer Umsetzung der anstehenden Baurechtsnovelle mit Vetorechten der Gemeinden gegenüber Agrarfabriken-Bauanträgen,
- mit einer Förderung regionaler und handwerklicher Verarbeitung,
- mit einer kartellrechtlichen Einschränkung der Marktmacht von Schlachtkonzernen,
- mit einer Stärkung von Erzeugergemeinschaften und der Verhandlungsposition von Landwirten,
- mit einem Verbot der sklavenähnlichen Werkverträge, mit der massiven Einschränkung von Leiharbeit und mit einer anständigen tariflichen Bezahlung wie in anderen EU-Ländern und
- mit einem Verbot von Fleisch-Angeboten unter Einstandspreis.

7.020 Zeichen - 10.03.2017